

Schriftliche Information des Bundeskanzleramtes gem. § 6 Abs. 3 EU-Informationsgesetz

15.7.2025

1. Bezeichnung des Rechtsaktes

Prioritäten des dänischen EU-Ratsvorsitzes.

2. Inhalt des Vorhabens

Am 1.7.2025 übernahm Dänemark (Triopräsidentschaft Polen, Dänemark, Zypern), zum 8. Mal nach 2012 den EU-Ratsvorsitz. Unter dem Motto „*A strong Europe in a changing world!*“ werden die Themen **Sicherheit** und **Wettbewerbsfähigkeit** in den Mittelpunkt gestellt, wobei auch der **grüne Übergang** für ein sicheres und wettbewerbsfähiges Europa wesentlich sei. Zwei übergeordnete Schwerpunkte sollen die prioritären Handlungsfelder bilden:

1. Ein sicheres Europa: Der dänische Vorsitz verfolgt das Ziel, die EU geopolitisch zu stärken und seine Sicherheits- sowie Verteidigungsfähigkeit auszubauen. Angesichts internationaler Krisen, insbesondere der Russischen Aggression gegen die Ukraine, soll die EU eigenständiger in sicherheitspolitischen Belangen agieren, ohne die Kooperation mit der NATO zu vernachlässigen. Der dänische Ratsvorsitz betont die Notwendigkeit, die europäische Rüstungsindustrie auszubauen und Fähigkeitslücken zu schließen. Gleichzeitig wird die umfassende Unterstützung der Ukraine – politisch, wirtschaftlich, zivil und militärisch – zur Priorität erklärt. Einen weiteren Fokus stellt die Bekämpfung irregulärer Migration und die Sicherstellung eines effektiven Grenzschutzes dar. Um Europas demokratische Resilienz zu stärken, plant der dänische Vorsitz Initiativen wie den *Democracy Shield* zu unterstützen. Außerdem will er die globale Rolle der EU ausbauen, insbesondere durch Partnerschaften mit Drittstaaten und die Erweiterungspolitik. Auch die wirtschaftliche Sicherheit soll verbessert werden, etwa durch die Absicherung kritischer Infrastrukturen und die Verringerung von strategischen Abhängigkeiten.
2. Ein wettbewerbsfähiges und grünes Europa: Um den wachsenden globalen Herausforderungen zu begegnen, setzt der dänische Ratsvorsitz auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Dies beinhaltet Reformen zur Förderung von Innovation, Investitionen, Produktivität und Arbeitsplätzen – der grüne Wandel soll Wachstum und Energieunabhängigkeit (insbesondere von Russland) vorantreiben. Ein effizienter, vereinfachter EU-Haushalt soll strategische Ziele besser unterstützen. Bürokratische Hürden sollen abgebaut, der Binnenmarkt gestärkt und private Investitionen durch eine Investitions- und Sparunion mobilisiert werden. Zudem soll die Freizügigkeit im Binnenmarkt weiter gefördert und Arbeitsplätze behalten bzw. geschaffen werden (Stichwort: grüne und digitale Wende). Die Handelspolitik der Union soll offen bleiben, Marktchancen erweitern, Lieferketten diversifizieren und die EU vor unfairem Wettbewerb schützen. Zentral ist für den dänischen Vorsitz zudem die sichere und bezahlbare

Energieversorgung durch den Ausbau erneuerbarer Energien und Infrastruktur. Die EU solle ihre netto-null Klimaneutralität bis 2050 erfüllen, und eine Einigung zum im EU-Klimagesetz verankerten 2040-Ziel werde vor der COP 30 in Belém (Brasilien) angestrebt. Neue Technologien wie Biotechnologie sollen zusätzliches Wachstum ermöglichen.

3. Hinweise auf Mitwirkungsrechte des Nationalrates und Bundesrates

Sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat haben Mitwirkungsrechte bei den einzelnen Legislativvorhaben, die während des dänischen EU-Ratsvorsitzes behandelt werden.

4. Auswirkungen auf die Republik Österreich einschließlich eines allfälligen Bedürfnisses nach innerstaatlicher Durchführung

Das Arbeitsprogramm des dänischen EU-Ratsvorsitzes hat *per se* keine Auswirkungen auf die Republik Österreich. Die eigentlichen Auswirkungen entstehen durch die im Programm enthaltenen Legislativvorhaben, worüber sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat gesondert und detailliert informiert werden.

5. Position des Bundeskanzleramts samt kurzer Begründung

Das dänische EU-Ratsvorsitz Programm wird zur Kenntnis genommen.

6. Angaben zu Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität

Das Arbeitsprogramm des dänischen EU-Ratsvorsitzes ist kein Legislativvorhaben und hat daher *per se* keine Auswirkungen auf die Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität. Arbeitsprogramme des Ratsvorsitzes werden halbjährlich seitens des jeweils rotierenden Ratsvorsitzes erstellt und stellen eine Sammlung seiner Prioritäten dar, basierend auf dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission, dem 18-Monatsprogramm des Rates („Trio-Programm“) sowie der strategischen Agenda des Rates.

7. Stand der Verhandlungen inklusive Zeitplan

- Am 19.6.2025 wurden die politischen Prioritäten des dänischen Vorsitzes vorgestellt und das Programm vorgelegt.
- Beginn des dänischen EU-Ratsvorsitzes am 1.7.2025.
- Präsentation des Programms durch die dänische Premierministerin Mette Frederiksen im EP-Plenum am 8.7.2025 in Straßburg.

Formelle und informelle Tagungen des Rates bzw. des Europäischen Rates im Zeitraum 1.7.-31.12.2025:

- Europäischer Rat: 23./24.10., 18./19.12.; inf. Treffen am 1.10.

- Allgemeine Angelegenheiten: 18.7., 16.9., 21.10., 17.11., 16.12. inf. am 1./2.9.
- Auswärtige Angelegenheiten: 15.7., 20.10., 10.11., 15.12.
 - o Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung: 21.11.; inf. am 29./30.9.
 - o Auswärtige Angelegenheiten/Handel: 14.7., 24.11.; inf. am 13./14.10.
 - o Auswärtige Angelegenheiten/Verteidigung: 6.10., 28.11.; inf. am 28./29.8.
- Wirtschaft und Finanzen: 8.7., 22.7. (Budget), 10.10., 13./14.11. (Budget) 12.12.; inf. am 19./20.9.
- Justiz und Inneres: 13./14.10., 8./9.12.; inf. am 22./23.7.
- COMPET (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Innovation, Raumfahrt): 29./30.9. (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 8./9.12. (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt), inf. am 16.-18.7. (Forschung, Binnenmarkt und Industrie).
- Umwelt: 18.9., 21.10., 16.12.; inf. am 10./11.7.
- TTE (Verkehr, Telekommunikation, Energie): 20.10., 15.12. (Energie), 4./5.12. (Verkehr und Telekom); inf. am 4./5.9. (Energie), 9./10.10. (Telekom).
- EPSCO (Beschäftigung, Soziales, Gesundheit): 17.10. (Beschäftigung und Soziales), 1./2.12. (Beschäftigung, Soziales und Gesundheit); inf. am 7./8.7. (Beschäftigung), 15./16.9. (Gesundheit).
- Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 27./28.11.; inf. am 11./12.9. (Bildung), 3./4.11. (Kultur).
- Landwirtschaft und Fischerei: 14.7., 22./23.9., 27./28.10., 17.11., 11./12.12., inf. am 7.-9.9. (Landwirtschaft).